Abendausgabe

Nr. 8 ♦ 43. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 4

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Mittwoch
6. Januar 1926

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9—5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297

Der Fälscherskandal wächst.

Immer mehr Verhaftungen.

Budapest, 6. Januar. (Eigener Drahtbericht.) **Auf Grund eines umfassenden Geständnisses, das der verhaftete Prinz Windischgrätz am Dienstag abend über die Notenfälschungen und die daran beteiligten Persönlichkeiten abgelegt hat, wurden noch im Laufe des Abends zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Es handelt sich zum Teil um politisch sehr hochstehende Persönlichkeiten. So wurde kurz vor Mitternacht bekannt, daß der Landespolizeichef Radossy auf Anordnung der Staatsanwaltschaft verhaftet und ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden ist. Die Verhaftung war die Folge einer eineinhalbstündigen Unterredung, die der Innenminister mit dem Polizeidirektor gehabt hat.**

Gleichzeitig wird bekannt, daß der in Holland verhaftete Oberst Jankowitsch vor den holländischen Behörden ein umfassendes Geständnis abgelegt hat, sodaß die holländischen Polizeibeamten nicht weniger als 40 hochgestellte Persönlichkeiten Ungarns namhaft machen konnten, die an der Geldfälscheraffäre beteiligt sind.

Der französische Budapester Gesandte in Paris.

Paris, 6. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag ist der französische Gesandte Clinchaut in Budapest in Paris eingetroffen. Seine unerwartete Ankunft wird in Verbindung gebracht mit der ungarischen Fälschung französischer Banknoten. Vom französischen Auswärtigen Amt wurde am Dienstag abend erklärt, daß auf Grund der Berichte der französischen Vertreter im Ausland bisher die Herstellung von 20 Millionen falscher französischer Banknoten festgestellt werden konnte.

Aufregung in Prag.

Prag, 6. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die ungarische Geldfälscheraffäre hält nach wie vor die tschechoslowakische Oeffentlichkeit in Erregung. Die „Prager Presse", eines der Organe des Außenministers Dr. Benesch, erklärt: Wenn in Ungarn die Moral herrscht, daß aus patriotischen Beweggründen jedes Verbrechen statthaft ist, dann ist Ungarn in den Augen der übrigen Welt ein Infektionsherd geworden, und der Schutz der eigenen Interessen gebietet allen Nachbarn größtes Mißtrauen, größte Vorsicht, aber Entschlossenheit im Handeln. Es gilt nicht nur mit Geldfälschern, Dieben und Hehlern fertig zu werden. Das ist Sache der Polizei. Es gilt jetzt die Anstifter, die politischen Hintermänner zu fassen. Es ist zwölf: Herunter mit den Larven! — Das „Prager Tagblatt" erklärt, daß das tschechisch-ungarische Verhältnis eine zarte Pflanze ist, die gehütet sein will und solche Anstöße nicht verträgt. Dringend zu wünschen wäre, daß der Falschmünzerskandal vor dem Abgleiten in politische gefährliche Regionen bewahrt bleibt. Keine Rücksicht auf noch so hochstehende Personen darf dabei maßgebend sein. — Der „Sozialdemokrat" schreibt: Alle Sehnsucht der ungarischen Magnaten geht nach der Wiedererlangung des Verlorenen. Da sie erhoffen, dieses Ziel durch die Errichtung der Monarchie zu erreichen, haben sie schon wiederholt unter Mitwirkung der Banden von entlassenen Offizieren Staatsstreiche zum Zwecke der Einsetzung eines Monarchen inszeniert, die aber stets mißlangen. Jetzt sollte ein neuer Versuch unternommen werden, und eben dazu war unter Mithilfe ungarischer Regierungskreise ein Großbetrieb zur Herstellung gefälschter Banknoten errichtet worden. Politik und Verbrechen, beiden ergänzen sich in dem Lande Horthys. Die internationale Welt wird nun wohl erkennen, welche Gefahr diese auf Terror und Gaunerei gegründete Herrschaft des ungarischen Magnatentums bedeutet. — „Narodni Osvobozeni", das Blatt der Legionäre, sagt, weder Graf Apponyi, noch Graf Bethlen werden die Welt in Genf über wahre Demokratie und Gerechtigkeit belehren können. Die Welt gebe auf Ungarn Obacht und werde den Ungarn selbst die nötigen Lehren erteilen. — „Ceske Slovo" erklärt, daß die Intervention des Völkerbundes gegen Ungarn nötig sei. Die Tschechoslowakei könne nicht ruhig bleiben neben einem so unverläßlichen korrumpierten Element, wie es Ungarn ist.

Die Verhaftung des Erzberger-Mörders.

Nachforschungen der Berliner Kriminalpolizei.

Auf die Meldung der österreichischen Behörden, daß in Bad Aussee vermutlich einer der Mörder Erzbergers, Heinrich Schulz, verhaftet worden sei, haben, wie wir erfahren, heute die deutschen Behörden ihrerseits alles getan, um sofort festzustellen, ob der in Aussee Festgenommene mit dem Gesuchten auch wirklich identisch ist. Die Strafverfolgung von Schulz und Tillessen ist seinerzeit bekanntlich durch die Staatsanwaltschaft Offenburg vorgenommen worden, die zuständig war, doch haben sich zahlreiche Polizeibehörden, besonders die Berliner Polizei, mit der Angelegenheit beschäftigt.

Sollte, was noch im Laufe des heutigen Tages zu erwarten ist, von den österreichischen Behörden eine genaue, nach dem internationalen Meßverfahren hergestellte Beschreibung des Verhafteten eintreffen und diese bestätigen, daß man es mit Schulz zu tun hat, so werden wahrscheinlich deutsche Beamte nach Bad Aussee entsandt, um dort auf Grund der den Behörden zur Verfügung stehenden Photographien Vergleiche anzustellen.

Um Luppes „Meineid".

Nürnberg, 6. Januar. (WTB.) Wie die „Nürnberger Zeitung" meldet, ist in Zusammenhang mit der gegen Oberbürgermeister Dr. Luppe eingeleiteten Voruntersuchung auch gegen Oberinspektor Zapf das Vorverfahren wegen Meineides eingeleitet worden. Oberinspektor Zapf sei einstweilen vom Dienst suspendiert worden.

Hilfe für Hochwasserschäden.

Eine sozialdemokratische Aktion.

Köln, 6. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Haas, Frau Kirschmann-Röhl, Fries, Kleinmeier, Berten, Lewerenz und Meyer-Solingen haben im Preußischen Landtag folgende große Anfrage eingebracht:

Zum dritten Male seit dem Jahre 1920 wurde das Rheinland in den letzten Tagen von einem furchtbaren Hochwasser heimgesucht. Unzählige Gewerbetreibende mußten ihre Geschäfte und Betriebe schließen. Ueber 50000 Arbeiter wurden erbeitslos. Vielen kleinen Leuten wurde ihr ganzes Hab und Gut vernichtet. So weit sich der Schaden bisher übersehen läßt, beträgt er mindestens 30 Millionen Mark. Gemeinden, Kreise, Städte und Provinzen haben noch schwer zu tragen an den Lasten des Hochwassers von 1924, bei dem der Schaden über 18 Millionen Mark betrug und sind daher nicht in der Lage, die so notwendige schnelle Hilfe im genügenden Maße zu bringen.

Unter Berücksichtigung der schon acht Jahre andauernden Besetzung des Rheinlandes, des verflossenen Ruhrkampfes, und der so besonders starken wirtschaftlichen Krise im Rheinland ersuchen wir die Staatsregierung dringend, schnellstens größere Geldmittel zur Linderung der furchtbaren Not zur Verfügung zu stellen.

Ferner fragen wir die Staatsregierung, ob sie bereit ist, auf die Reichsregierung einzuwirken, daß 1. auch diese größere Beträge zur Linderung der Not zur Verfügung stellt, und 2. daß das Reich gemeinsam mit den Ländern größere Mittel aufbringt, um für die Zukunft alles zu tun, damit die Hochwassergefahr vermindert wird.

Frankreichs Finanzsanierung.

Die Zustimmung der Wirtschaft zur Umsatzsteuer.

Paris, 6. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Verband französischer Industrieller und Kaufleute billigt in einer Entschließung die in der Finanzvorlage Doumers vorgesehene außerordentliche Abgabe von 1,2 Proz. auf alle Verkäufe und Zahlungen. Diese Abgabe, die nichts anderes als eine verkappte Verdoppelung der Umsatzsteuer darstellt, bildet bekanntlich das Kernstück des Finanzprogramms Doumers. Dagegen fordert die Entschließung eine Beschränkung in der Ausdehnung der Umsatzsteuer auf die bisher von ihr befreiten Ausfuhrwaren.

Die Beratung der Finanzgesetzentwürfe Doumers, deren Text am Dienstag in der Finanzkommission zur Verteilung gelangt ist, wird am Montag beginnen.

„Times" für aktive Balkanpolitik.

Für ein Balkan-Locarno als Gegenzug gegen Tschitscherin

London, 6. Januar. (EP.) Während sich die britische Balkanpolitik bisher darauf beschränkte, in den verschiedenen Balkan-Hauptstädten darauf hinzuwirken, daß ein Locarno auf dem Balkan gewissermaßen von innen heraus aus den Wünschen der Balkanvölker sich ergeben sollte, kündigen die „Times" heute eine neue Phase der Entwicklung an. Es sei nicht genug damit, daß die Außenminister Westeuropas sich mit dem bloßen Wunsche begnügten. Die verworrenen Verhältnisse auf dem Balkan gäben jetzt zu der Hoffnung Anlaß, daß die Staatsmänner Westeuropas selbst Anstrengungen machten, eine Vereinbarung zwischen den Balkanvölkern zustande zu bringen. Es ist bezeichnend, daß das Blatt die Notwendigkeit zu einem solchen Schritte wieder mit dem Vorgehen der russischen Außenpolitik begründe. Die unruhigen Verhältnisse auf dem Balkan könnten nicht ohne Wirkung auf die auswärtige Politik bleiben. Rumänien sei wegen der bessarabischen Frage antirussisch eingestellt. Griechenland neige zu dem faschistischen Italien hin. Besonders beunruhigend seien aber die Absichten Jugoslawiens, welches eine antiitalienische und eine bulgarenfeindliche Tendenz zeige.

Deshalb hätten Tschitscherin und Tafik Ruchdy Bey sich dieses Land zu einem diplomatischen Vorstoß ausersehen. Letzterer habe positive Vorschläge zu einer türkisch-jugoslawischen Koalition in Balkanangelegenheiten gemacht. Tschitscherin habe offen seinem Wunsche Ausdruck gegeben, die Balkanmächte von ihrer Abhängigkeit zu den Westmächten zu befreien. Er beabsichtige, die vorhandenen Gegensätze auf dem Balkan so auszunutzen, daß eine gemeinsame Aktion der Balkanstaaten gegen die Türkei, wie sie etwa unter dem Artikel 16 des Völkerbundsstatuts möglich sein könnte, unmöglich werde. Eine solche Lage könnte das Ansehen des Völkerbundes auf das ernsteste gefährden. Daher müßten die Außenminister Westeuropas die Gefolgschaft des Balkans unter den Völkerbund in Form eines Balkan-Locarno, sicherzustellen suchen.

Vor der Ausschiffung Mataias. Die österreichische Regierung wird in den nächsten Tagen ihre Gesamtdemission einreichen. Die Neubildung wird der bisherige Bundeskanzler Ramek übernehmen. Der Außenminister Dr. Mataja dürfte nicht mehr in das Außenamt zurückkehren.

Wie und wo gespart wird.

Sparsamkeit und bürgerliche Parteien.

„Nur die Arbeit kann uns retten" war in den Jahren nach dem Zusammenbruch das Losungswort der deutschen „Wirtschaftsführer", die sich damals noch im Glanz ihrer kaum bestrittenen Autorität sonnen konnten. Zwar mußten alle Sozialpolitiker, ja selbst ehrliche Unternehmer zugeben, daß die deutsche Arbeiterschaft überraschend schnell die innere und äußere Unrast überwunden hatte, die aus dem fürchterlichen Erleben der Kriegs- und Nachkriegszeit naturgemäß entstanden war. Aber die Unternehmer als Klasse hatten erkannt, daß mit diesem Losungswort auf Kosten der Arbeiter mit Bezug auf Arbeitszeit und Arbeitslohn Geschäfte zu machen waren, und so wurde das Verlangen nach Mehrarbeit als der Weisheit letzter Schluß zu einer Zeit noch erhoben, als die Arbeitsintensität längst wieder die frühere geworden war und drohende Zeichen der nahenden Krisis schon bemerkbar wurden.

Aller Warnungen zum Trotz setzten unsere „Wirtschaftsführer" ihre nackten Profitinteressen höher als die Interessen der Volkswirtschaft. Heute ist der Zusammenbruch dieser Wirtschaftspolitik auch dem Blödesten klar. Heute schreien Millionen Deutscher nach Arbeit und Brot, und heute sehen unsere Unternehmer die einzige Rettung in der Verweigerung von Arbeit und Brot und in der äußersten Sparsamkeit der öffentlichen Wirtschaft gegenüber den beklagenswerten Massen, die die private Wirtschaft aufs Pflaster geworfen hat. Man spricht das selbstverständlich nicht so offen aus. Man gibt vor, größte Sparsamkeit in allen Ausgaben der öffentlichen Wirtschaft zu verlangen. In Wirklichkeit wird aber in der Hauptsache gespart nur da, wo die Opfer der privaten Wirtschaft in Frage kommen.

Um das „Sparen" gründlich und systematisch durchzuführen, hat sich vor kurzem in Berlin ein „Kuratorium für Spar- und Vereinfachungsmaßnahmen" aufgetan, dessen Zusammensetzung für sich allein schon bezeichnend ist. Vorsitzende sind: Herr Saemisch, Staatsminister a. D., Präsident des Rechnungshofes und Sparkommissar, der mit den früheren, von sozialdemokratischen Ministern verabschiedeten Staatssekretären Dr. Busch und Lewald die sogenannte „Rachekommission" zum Abbau republikanischer Beamten bildet, sowie Herr v. Loebell, der bekannte Bürgerblockmann von der Reichspräsidentenwahl. Als Mitglieder werden u. a. aufgeführt: Herr Dr. Jarres, der beste deutsche Mann, Dr. Busch, Dr. Cuno, die Präsidialmitglieder des Reichsverbandes der deutschen Industrie Kastl und Krämer, die Parlamentarier Prof. Bredt, Dr. Dernburg, Hepp, Dr. Kulenkampff, v. Lerchenfeld, Dr. Riesser, Dr. Stegerwald. In der von dem Kuratorium herausgegebenen Programmschrift: Raab, „Wege zur Steuerermäßigung", finden sich neben Forderungen, denen die Sozialdemokratie schroff widersprechen muß, auch solche, die von jeher zum sozialdemokratischen Programm gehört haben. Aber gerade die Parteien, aus deren Reihen sich das Kuratorium ausschließlich zusammensetzt, haben unseren Anträgen stets den stärksten Widerstand geleistet.

Der der Summe nach größte Etat ist der des allgemeinen Pensionsfonds. Er schließt ab mit einem Betrage von 1 555 485 000 M. Wenn irgendwo, könnte hier sehr erheblich gespart werden. Die Sozialdemokratie ist auch stets dafür eingetreten, daß all die Offiziere und höheren Beamten, die vom Staat große Pensionen beziehen und daneben noch Einnahmen aus eigenem Vermögen oder gewinnbringender Beschäftigung haben, eine entsprechende Kürzung ihrer Pensionen erfahren müßten. Auf unser Betreiben wurde ein solches Gesetz (Pensionskürzungsgesetz) vom Reichstag beschlossen. Die Verkündung konnte nicht erfolgen, da es als ein verfassungsänderndes Gesetz angesehen wurde und die notwendige Zweidrittelmehrheit nicht erreicht worden war. Jetzt nimmt Dr. Raab in seiner oben erwähnten Programmschrift die Forderung der „Beschneidung der Bezüge aller derer, welche vom Staat leben, ohne entsprechendes für ihn zu leisten oder zu eigener Leistung unfähig geworden zu sein" wieder auf. Werden jetzt die Rechtsparteien gewillt sein, mit uns die Verwirklichung solcher Pensionskürzungen durchzusetzen?

Eine Antwort auf diese Frage wie überhaupt auf die Frage, wo und wie die bürgerlichen Parteien zu sparen beabsichtigen, gibt die bevorstehende dritte Beratung des Etats für 1925. Zu dieser Beratung liegen jetzt bereits 52 Anträge und Entschließungen vor. Von diesen hat der Sparausschuß, in dem alle Parteien vertreten sind und der seine Beschlüsse meistens einstimmig faßt, 12 gestellt und darin neben einigen Erhöhungen auch sehr erhebliche Abstriche verlangt. Von den verbleibenden 40 Anträgen sind nur zwei von der Sozialdemokratie gestellt. Diese zwei enthalten aber keine Geldforderungen. Alle übrigen mit nur noch einer Ausnahme verlangen die Einsetzung neuer oder die Erhöhung bisheriger Bewilligungen. Allein 24 Anträge betreffen den Etat des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Allen Parteien voran, nicht nur in der Zahl der Anträge, sondern auch in der Höhe der Forderungen, steht die Deutschnationale Volkspartei, die, wie die Deutsche Volkspartei, sich nicht scheut, im materiellen Interesse der hinter ihr stehenden Kreise im größten Aus-

maß Reichshilfe zu beanspruchen. Noch bis vor kurzem war der deutschnationale Abgeordnete Dr. Quaatz, der junge Mann von Hugo Stinnes, der Hauptrufer im Streit der privaten Wirtschaft gegen die öffentliche. Heute ersucht er die Reichsregierung, der Landwirtschaft langfristige billige Kredite zu gewähren, und verlangt, daß „die durch die Zinsverbilligung etwa (!!) entstehenden Kosten auf die Reichskasse übernommen werden". Herr Hepp, Präsident des Reichslandbundes und Mitglied des Kuratoriums für Sparmaßnahmen", hat einen dem Sinne nach ganz ähnlichen Antrag gestellt.

Kommt die Sozialdemokratie mit Forderungen, die irgendwie die private Wirtschaft zugunsten der öffentlichen einzuschränken bestimmt sind oder einschränken könnten, so wird ein Loblied auf die Segnungen der „freien" Wirtschaft gesungen und unser Verlangen abgelehnt. Sitzt die freie Wirtschaft aber infolge der Unfähigkeit und des Hochmuts ihrer Führer im Sumpf, dann ist die öffentliche Wirtschaft, die zum überwiegenden Teil getragen wird von den Steuern und Abgaben der Massen, gut genug, der freien Wirtschaft beizuspringen, und dann ist keine Rede von der so dringend notwendigen äußersten Sparsamkeit.

Sparsamkeit predigen die Kapitalisten und Rechtspolitiker nicht sich selbst, sondern nur den anderen. Die Sozialdemokratie wird nicht erlahmen in ihrem Kampf gegen diese Art von Sparsamkeit. Sie ist nichts als die Kulisse, hinter der alle Lasten und Leiden der Krisis denen aufgepackt werden sollen, die an ihrem Hereinbrechen nicht die geringste Schuld tragen. So bedauerlich es ist, daß die von den Wählern uns gewährte parlamentarische Kraft nicht ausreicht, diesen Kampf alsbald zu einem siegreichen zu machen, so sehr ist die Sozialdemokratie davon überzeugt, daß sie damit das wahre Volksinteresse vertritt.

Sorge um die Hohenzollern.

„Aufklärung" durch die Konservativen.

Die „Kreuz-Zeitung", das Organ der Altkonservativen, macht sich die Mühe, nachzuweisen, daß die Hohenzollern eigentlich ganz arme Leute seien und daß man daher nicht mehr als recht und billig handele, wenn man ihnen jetzt durch Vergleich außer Schlössern, Wäldern, Gütern auch noch 30 Millionen bar übergebe. Denn, so heißt es da:

Das Preußische Königshaus trat also in das neue Jahrhundert (das heißt: das vorige Jahrhundert, nach den „Freiheitskriegen". Red. d. Vorw.) als völlig besitzloses Geschlecht, ohne Ar und Halm. Woher kommt nun der zurzeit vorhandene Grundbesitz der Krone, der das eigentliche Kampfobjekt bildet? Die Antwort ist ganz einfach: aus Erbschaft und aus Sparsamkeit.

Glückliches Haus, das nichts hat und dazu so viel zuerbt und „spart", daß es heute Hunderte von Millionen an Werten als „Privatbesitz" in Anspruch nehmen kann! In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß frühere Könige das gemeinsame Gut zum Teil in Form von Fideikommissen an ihre nachgeborenen Prinzen verschenkt haben mit der Maßgabe, daß im Falle des Aussterbens ihrer Linie das Verschenkte wieder an den König zurückfiele. Daraus macht man jetzt „Privateigentum" des Königshauses!

Parteien, die sich auf diese Tüfteleien einlassen, wollen von vornherein die Frage als eine „Rechtsfrage" betrachtet wissen. In Wahrheit ist sie eine politische Frage. Denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß das Stammgut der Hohenzollern in Preußen nur durch politische Handlungen, vor allem durch Ausübung und zur Mehrung der Macht des absoluten Königtums erworben wurde. Die Republik ist das gerade Gegenteil des absoluten Königtums. Auch die Begriffe des Privatrechts für ein „Königshaus" bedürfen daher der Umwandlung!

Im übrigen sollte man sich erinnern, daß die Vorliebe der Deutschnationalen für den letzten preußischen König, der jetzt mit vielen hundert Millionen beschert werden soll, nicht immer vorhanden war. Im November 1918 schrieb z. B. der deutschnationale Verbandsdirektor, der jetzige Reichstagsabgeordnete Dr. Steiniger, im Hugenberg-„Tag" über Wilhelm II. und seine Flucht:

„Kein Wort der Kritik ist für diesen Abgang des Kaisers zu herb. Sein Vorgehen war unköniglich, unsoldatisch, unmännlich und geeignet, der Dynastie und dem monarchischen Gedanken den Todesstoß zu versetzen. Kein Monarch hat das Recht, so zu handeln. Keiner darf wie ein Schulbube aus seinem Amte davonlaufen, keiner seine Soldaten und Beamten ohne Leitstern der schärfsten Seelen- und Gewissenspein aussetzen, keiner das Staatsschiff führerlos in eine wilde Brandung hinausstoßen, . . . am wenigsten in den schwersten Stunden des Weltkrieges. Wer eine fünfundvierzigjährige Vergangenheit, reich an stolzen Erfolgen und Erinnerungen zu vertreten hat, wie der letzte Hohenzoller, begeht mit derartigem Verhalten ein unsühnbares Verbrechen gegen seine Dynastie und das Volk. Glaubt er, sich selbst unter seinen Truppen nicht mehr halten zu können, so bietet die Front genügend Gelegenheit, durch ein würdiges und königliches Ende der Dynastie und dem monarchischen Gedanken neuen Glanz und neuen Halt zu verleihen. Ihm fällt auch zur Last, daß sein Vorgehen für andere Monarchen ein verhängnisvolles Beispiel werden mußte."

Wilhelm II. hat die „zwingende Gelegenheit, ein würdiges und königliches Ende" zu suchen, nicht benutzt. Er hat es vorgezogen, darauf zu warten, bis die Deutschnationalen einschließlich des Dr. Steiniger ihm die früheren Besitztümer und noch Bargeld dazu ausliefern im Zeichen der „Aufwertung"!

Die Knappschaftsrente.

Ein törichter Plan der Reichsregierung.

Die Reichsregierung hat eine Novelle zur Aenderung des Reichsknappschaftsgesetzes vorgelegt, die die Belastung des Bergbaues herabmindern und die gespannte finanzielle Lage der Knappschaft beheben soll. Der Inhalt der Novelle hat die Arbeitnehmer im Bergbau darum nicht befriedigt, weil er u. a. eine Verschlechterung der Altersrente vorsieht. Der AfA-Bund bestreitet in einer Veröffentlichung, daß eine Verschlechterung der Altersrentenbestimmung, und zwar die Heraufsetzung der für ihren Bezug erforderlichen Lebensaltersgrenze vom 50. auf das 55. Lebensjahr erfolgen müsse, um die Knappschaft vor dem finanziellen Zusammenbruch zu bewahren. Zum Beweise des Gegenteils führt er folgende Zahlen an:

Nach den letztermittelten Zahlen beträgt im Reichsknappschaftsverein die Gesamtzahl der Pensionsempfänger 192 628; davon sind Alterspensionäre 31 223 oder 16,2 Proz. Die gesamte monatliche Pensionslast beträgt 11 223 000 M.; davon die für die Alterspension 2 392 200 M., gleich 21,3 Proz. Nach den Ermittelungen des Versicherungsmathematikers der Knappschaft, Dr. Zimmermann, die er als Sachverständiger im Reichswirtschaftsrat am 20. Oktober 1925 mitteilte, würde die Heraufsetzung der Lebensaltersgrenze vom 50. auf das 55. Lebensjahr eine Verringerung der Gesamtpensionslast nur um 20 Proz. der Alterspensionssumme bedeuten, d. h. in absoluten Zahlen: anstatt 11 223 000 M. würden 10 744 560 M., also lediglich 4,3 Proz. weniger zu zahlen sein.

Der Fall ist ein Beispiel für die Finanzpolitik der jetzigen Regierung. Um die Arbeitgeber zu schonen, denen die Steuern in großzügigster Weise gestundet werden, betreibt man eine Verschlechterung der sozialen Gesetzgebung, die sich bei Licht besehen oft genug als unrentabel erweist.

Volkspartei und Landwirtschaft.

Ein Antrag zu den Notverkäufen.

In einer Großen Anfrage des Preußischen Landtags behauptet der volksparteiliche Abg. Dr. Schiftan, daß „infolge der Wirtschaftskatastrophe zahlreiche Not- und Zwangsverkäufe landwirtschaftlicher Betriebe aller Besitzgrößen meist weit unter dem tatsächlichen Wert stattfinden". Eine planlose Verschleuderung landwirtschaftlicher Grundstücke müsse im Interesse der Volksernährung unter allen Umständen vermieden werden. Vom preußischen Staatsministerium werden Maßregeln verlangt, um solche Verschleuderungen nach Möglichkeit zu verhindern und vor allen Dingen dafür Sorge zu tragen, daß veräußerter landwirtschaftlicher Besitz nur in die Hände von Berufslandwirten gelangt.

Soweit es zutrifft, daß gegenwärtig landwirtschaftliche Betriebe abgestoßen und verschleudert werden, dürfte es sich zum großen Teil bei den Besitzern nicht um eigentliche Landwirte handeln, sondern um „Agrarier", die als abgebaute Offiziere oder Kriegsgewinnler ihre Fähigkeiten zu landwirtschaftlicher Betätigung erst nach dem Kriege entdeckt haben oder in der Inflationszeit ihr überflüssiges Geld wertbeständig anlegen wollten. Diese Art von Landwirten pflegt ihren Beruf meist als rentenverzehrende Städter auszuüben. Wenn hier der Staat eingreifen sollte, so kann es sich nur darum handeln, Grund und Boden zu günstigen Bedingungen zu erwerben und sie der wirklichen Landwirtschaft und damit der Volksernährung in der Form von Domänen oder durch Aufteilung als Siedlungsland zuzuführen. Ist das der Sinn der Anfrage des Herrn Dr. Schiftan?

Aenderung des Strafvollzugs.

Beschlüsse des Rechtsausschusses des Landtags.

Der Rechtsausschuß des Landtags beriet die aus Anlaß des Hölle-Untersuchungsverfahrens und auch sonst zutage getretenen Mängel in der Strafvollstreckung. Es liegt dazu eine große Anzahl von Anträgen aller Parteien vor, zwei davon allein mit 20 bzw. 34 Unterabteilungen. Die Beratungen erstreckten sich bisher auf das Allgemeine und auf die Auswahl der Leiter der Strafanstalten. Uebereinstimmend war der Ausschuß der Meinung, daß der Strafvollzug in der Praxis wesentlich mehr nach modernen humanen Grundsätzen auszugestalten ist. Nach einem einstimmigen Beschluß des Ausschusses sollen als Leiter von Strafanstalten nur solche Persönlichkeiten ausgewählt werden, die in einer mehrjährigen Dienstzeit ihre Befähigung und innere Eignung für den Strafvollzug bewiesen haben. Hiernach ist es ausgeschlossen, daß Persönlichkeiten ohne praktische Bewährung in diesem Spezialzweige zur Leitung von Anstalten berufen werden können. Auch bei der Auswahl von Amtsgerichtsräten zu Vorstehern in den kleineren Gefängnissen ist nach dem einstimmigen Beschluß des Ausschusses besonderes Gewicht zu legen auf die Eignung und innere Einstellung zu den Erfordernissen eines bessernden Strafvollzuges.

Ein weiterer Antrag verlangte, daß für alle Anstalten mit einer Durchschnittsbelegung von über 300 Gefangenen als Anstaltsleiter ein Direktor, für Gefängnisse mit einer Durchschnittsbelegung von 100 und mehr Gefangenen ein hauptamtlicher Vorsteher, in Gefängnissen mit durchschnittlich 50 bis 99 Gefangenen ein Strafanstaltsinspektor zu ernennen, weiter, daß für eine ständige Vertretung des Direktors an den großen Anstalten durch einen Vorsteher zu sorgen ist. Grundsätzlich stimmten alle Parteien diesen Forderungen zu, doch wurden finanzielle Bedenken bei der heutigen Lage der Staatsfinanzen geltend gemacht. Die Anträge wurden schließlich mit Mehrheit angenommen.

Ebenso wurde mit Mehrheit beschlossen, daß in den sechs Oberlandesgerichtsbezirken, in denen noch der Strafvollzug in den Händen des Generalstaatsanwalts liegt, die Einrichtung eines Strafvollzugsamtes in die Wege zu leiten ist. Es wurde im Ausschuß angeregt, durch organisatorische Umstellung in der Justiz die Kräfte für diese notwendige Aufgabe freizubekommen.

Der Rechtsausschuß beriet im weiteren Verlaufe der Sitzung über Einzelheiten der Bestimmungen für das Anstalts- und Aufsichtspersonal, besonders über die Ausbildung, das Verhalten bei Gefangenentransporten und den Waffengebrauch. Einmütig stimmten alle Mitglieder einem Antrage zu, wonach zur weiteren Ausbildung der Inspektionsbeamten in eigens zu diesem Zweck veranstalteten besonderen Kursen Mittel durch den Staat zur Verfügung zu stellen sind. Der Vertreter des Finanzministeriums erklärte hierzu, daß ein Fonds für die berufliche Weiterbildung der Beamtenschaft im Etat eingesetzt sei, und daß aus diesem Fonds auch Mittel für den vom Ausschuß befürworteten Zweck gegeben werden würden.

Ebenso wurde beschlossen, daß das Anstalts- und Aufsichtspersonal der Strafanstalten eine, der Eigenart des Berufes entsprechende Ausbildung erhalten und das zeitweise bei der starken Ueberbelegung der Gefangenenanstalten vorhandene Hilfspersonal nach Möglichkeit einzuschränken ist. Die Regierungsvertreter erklärten hierzu, daß bei einer Zahl von 4700 hauptamtlichen Beamten jetzt noch 1300 Hilfsbeamte vorhanden sind; die Zahl ist im Laufe der letzten Monate von einer erheblich höheren ganz außerordentlich zurückgegangen.

Bernsteins Erinnerungen.

Ein Sechsundsiebziger über seine Jugend.

In dem Steinmeer unseres heutigen Groß-Berlins gibt es sicher nur sehr wenige, die sich vorstellen können, wie dieses Berlin einmal ganz den Charakter einer Klein- oder Mittelstadt trug. Wie an den Stellen, wo heute schon altersgraue Häuser mit fünf Stockwerken in den Himmel ragen, noch freundliche Gärten mit darin versteckten und verstreuten Einzelhäusern träumten. Wie einsame und wenig betretene Wege mitten in der Stadt entfernte Straßen verbanden, während heute Straßen- und Hochbahn, Motorräder und Autos um die Wette lärmen.

Ein fesselndes Bild dieses Alt-Berlin aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts findet man unvermutet in dem soeben erschienenen ersten Band von Eduard Bernsteins Lebenserinnerungen*), in dem er von seinen Kindheits- und Jugendjahren plaudert. Am 6. Januar 1850 war Eduard als fünftes unter insgesamt fünfzehn Kindern des Lokomotivführers Bernstein geboren. Sein Geburtshaus stand an der „Anhaltischen Kommunikation", einem Verbindungsweg, der vom Anhalter Tor zum Halleschen Tor führte, also etwa in der Gegend der heutigen Königgrätzer Straße. Nur teilweise war diese Straße gepflastert, im übrigen ein richtiger „Weg". Auf der einen Seite die Stadtmauer, die wegen der städtischen Steuern noch aufrechterhalten wurde, auf der anderen Zäune von Lagerplätzen und Gärten, die zu den Häusern der Wilhelmstraße gehörten.

In dieser halb ländlichen Gegend wuchs Eduard mit seinen neun Geschwistern auf. (Fünf von den insgesamt fünfzehn starben schon im Säuglingsalter.) Er selbst war ein überaus schwächliches Menschenkind, dem der Arzt nur ein sehr kurzes Leben zuzusprechen wagte. Lange Jahre hindurch — sogar über die Schul- und Lehrzeit hinaus — blieb er so klein von Statur, daß man ihm nie sein wirkliches Alter glauben wollte. „Wahrscheinlich ein Siebenmonatskind und im höchsten Grade rachitisch, bot ich ein so klägliches Bild dar, daß mir keiner auch nur acht Tage weiteres Dasein zusprechen mochte. Auf den Beamtenarzt der Berlin-Anhaltischen Eisenbahngesellschaft, Dr. Güterbock, . . . machte ich in meiner Erbärmlichkeit einen so nachhaltigen Eindruck, daß noch Jahre hinterher, wenn bei uns ein Säugling krank war, zu dem er gerufen wurde, seine erste Frage die war: „Ist das immer noch der kleine schwächliche Junge?"

Der das und unendlich viele interessante Einzelheiten aus seinen Jugendjahren erzählt, wird heute 76 Jahre alt! Er hat also trotz seiner körperlichen Schwäche, trotz der schmalen Kost, die ihm im Elternhause geboten werden konnte, sich durchgerettet und das biblische Alter erreicht, sogar schon überschritten. Ein neuer Beleg für die Volkswahrheit, daß, wer früh totgesagt wird, besonders lange zu leben pflegt.

Wir können uns freuen, daß das „kleine schwächliche Kind" ein ausgewachsener Mensch von besonderen Gaben geworden ist. Denn unter den heute noch lebenden Sozialisten in Deutschland gibt es wohl einige, die älter, und manche, die annähernd so alt sind wie Eduard Bernstein, aber kaum einen, der über so umfassende Kenntnis der in der Bewegung tätig gewesenen Personen und über ein so vorzügliches Gedächtnis verfügt wie er. Wer jemals ihn hat aus der Vergangenheit plaudern hören, weiß, welche Fülle von Einzelzügen in diesem Gedächtnis haften, welche endlose Reihe von in der Geschichte Mitwirkenden er zwanglos aufmarschieren lassen kann, von jedem eine charakterisierende Kleinigkeit anfügend. Deswegen ist zu begrüßen, daß Genosse Bernstein sich entschlossen hat, seine Erinnerungen niederzuschreiben. Er will sie, wie er im Vorwort zum ersten Bande mitteilt, in drei Teile gliedern: jetzt vorliegend: Kindheit und Jugendzeit bis zu seinem Eintritt in die sozialdemokratische Bewegung (1872), dann die Zeit seiner Tätigkeit als Bankangestellter, Agitator für die Sozialdemokratie und Redakteur des im Ausland erscheinenden Zentralorgans der in Deutschland durch das Sozialistengesetz geknebelten Partei (1872—1888) und endlich die Jahrzehnte in London und das Vierteljahrhundert seit der Rückkehr nach Deutschland.

Der erste Band dieser Erinnerungsreihe enthält noch wenig politische Tatsachen und Betrachtungen. Aber dafür liefert er einen prachtvollen Unterbau für das Kommende. Eine fesselnde Spiegelung von kulturellen Zuständen und persönlichen Erlebnissen, eine mit der Weisheit des Alters gesehene Jugend, eine in seinen Einzelheiten wie im Aufbau des Ganzen vortreffliche Darstellung eines Einzellebens inmitten einer Umwelt, die ebenso wuchs und sich ausdehnte, wie der Knabe und Jüngling, der in ihr sich bewegte. Das Berlin von damals in seiner kleinbürgerlichen Struktur ist kaum noch vergleichbar mit der Viermillionenstadt gleichen Namens. Aber die heutige Weltstadt hat doch seine Anfänge in jenem Kleinberlin, dessen „Kommunikationen" ebenso verschwunden sind, wie die Felder und Gärten am Halleschen Tor. Und der jetzt sechsundsiebzigjährige als Gelehrter wie als Politiker gleich geachtete Eduard Bernstein ist ebenso erwachsen aus dem schwächlichen „Edeward", dessen Entwicklungsgang er so liebevoll plaudernd schildert, daß wir aus diesem Lebensgang des Knaben und Jünglings erst die Entwicklung des Mannes ganz begreifen und verstehen können.

Selbstbiographien von Männern, die durch die Umstände zu besonderer Bedeutung gelangten, sollen nicht nur Persönliches geben. Sie sollen die Zeit, die Menschen, die Umwelt festhalten, in denen sie wurden und wuchsen. Was Eduard Bernstein im ersten Bande seiner Selbstbiographie bietet, entspricht diesen Anforderungen in jeder Weise. Eine fesselnde Plauderei, auf keiner Seite unbedeutend und unwichtig. Sie verspricht das beste für die beiden Folgebände, deren baldige Fertigstellung wir dem von seiner Krankheit langsam Genesenen von Herzen wünschen.

Franz Klühs.

*) Eduard Bernstein: „Von 1850 bis 1872. Kindheits- und Jugendjahre." Verlag Erich Reiß, Berlin.

Eine halbe Million für die preußische Künstlerschaft. Das preußische Finanzministerium hat sich bestimmen lassen, eine halbe Million für die notleidenden preußischen Künstler bereitzustellen. Ueber die Form, um diese leider nicht sofort greifbare Summe nach und nach flüssig zu machen, wird zurzeit verhandelt, und zwar vom Reichswirtschaftsverbande bildender Künstler. Diejenigen Künstler, die auf staatliche Hilfe rechnen wollen, sollten ihren Fall oder den ihres Kollegen dem Vorstande des Gauverbandes oder der Bezirksgruppe bekanntgeben, die überall in Preußen vom Reichsverband aus bestehen.

Ludwig Wüllner sprach im Konzertsaal der Hochschule für Musik Schiller und Goethe, Shakespeare und Andersen. Das Publikum ist so begeistert, daß es minutenlang klatscht und trampelt. Die Besucher dieses Vortragsabends der „Freunde des guten und schönen Buches" waren zum größten Teil behäbig ehrenwerte Kleinbürger, denen „Die Kraniche des Ibykus" der Inbegriff des Schönen sind. Gewiß, Schiller und Goethe sind „unsere Klassiker". Was haben wir nun aber heute — Hand aufs Herz, — was haben wir heute mit dem deutschen Schul- und Hausdichter Schiller, was mit dem Geheimrat Goethe zu tun, was ist uns das „Sieh da, sieh da Timotheus" mehr als eine Reminiszenz aus Schultagen? Daß Ludwig Wüllner spricht, ändert nichts, denn er trägt seinen Schiller und Goethe so vor, daß sie uns dadurch auch nicht näher kommen. Aber er spricht außerdem die Forumszene aus Shakespeare „Julius Cäsar" und Andersens „Märchen vom Schweinehirten", und da gibt er auch uns etwas. Da zeigt sich die bewunderungswürdige Technik und die Klangfülle und Schönheit seiner Stimme. Für diese beiden Sachen danken auch wir Ludwig Wüllner. Gibt man uns den Revolutionär Schiller, den Menschen Goethe, gibt man uns Jungen Lebendiges, Ewigjunges oder Neues, dann werden wir die Ersten sein, die sich begeistern lassen. Heute, Januar 1926, haben wir keine Zeit und kein Herz für altehrwürdiges Totes.

Gewe.

Wie soll man siamesische Zwillinge bestrafen? Die Verkehrspolizei von Manila steht vor einem Problem, das sie nicht zu lösen vermag, denn hier ist ein eigenartiger Fall eingetreten, der in keinem Gesetzbuch der Welt vorgesehen ist. Sie will nämlich einen der beiden siamesischen Zwillinge Simplicig und Lucio Godino wegen zu schnellen Autofahrens in Strafe zu nehmen, müßte aber dann den anderen schuldlosen Zwilling mitbestrafen. Auf zu schnelles Fahren steht in Manila Haft, und der eine Zwilling hat sich der Uebertretung schuldig gemacht. Die siamesischen Zwillinge betätigen sich als Kraftwagenführer, und der eine von ihnen, der am Steuer sitzt, ist mehrfach zu schnell gefahren; aber wenn man ihn verhaftet, muß man den anderen miteinsperren, und dagegen sträubt sich das Gerechtigkeitsgefühl der Behörden. Die siamesischen Zwillinge, die jetzt 25 Jahre alt sind, stehen im Dienst des Großkaufmanns Theodor Panko; sie sind von Aerzten der verschiedensten Teile der Welt untersucht worden, haben sich aber geweigert, sich einer Operation zu unterziehen, die sie von einander trennen würde. Die Polizei hat an diese eigenartigen Chauffeure noch einmal eine Verwarnung erlassen mit dem Hinweise darauf, daß in Zukunft auf ihre körperliche Verfassung keine Rücksicht genommen werden wird und daß auch der Unschuldige mit dem Schuldigen leiden muß.

Volksbühne. Die heutige Erstaufführung der Volkskomödie „Vom lieben Augustin" im Theater am Bülowplatz beginnt um 7½ Uhr, nicht 8 Uhr, wie an einigen Plakatsäulen steht.

Die Erstaufführung von „Lysistrata" in den Kammerspielen des Deutschen Theaters findet nunmehr am 8. Januar, abends 7 Uhr, statt.

Die Tänzerin Lani Riesenstahl wird nach 1½jähriger Pause wieder zum ersten Male am 20. Januar im Blüthnersaal 8 Uhr vor dem Berliner Publikum auftreten.

5 Walther-Rathenau-Vorträge im Reichswirtschaftsrat Bellevuestr. 15. Vortragende: Frau Eita Federn-Kohlhaas. Beginn: 12. Januar, abends 8 Uhr. Erster Vortrag: Walther Rathenau als Mensch.

Die Hetzjagd auf Luppe!

Die Vorgeschichte.

Aus Nürnberg wird uns geschrieben:

Genau so wie Ebert von politischen Strolchen gehetzt wurde, bis er als Opfer fiel, geht seit Jahren gegen den Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Luppe von den Völkischen ein Kesseltreiben, um diesen aufrechten Mann und Demokraten zur Strecke zu bringen.

Als Luppe von der Nürnberger Bürgerschaft zum Nachfolger Geßlers gewählt wurde, war die blaue Polizei in Nürnberg städtisch. Der von der Regierung Kahr bestellte Staatskommissar Gareis war Leiter der Landespolizei. Gareis, der selbst erklärte, er sei Monarchist, kam sehr bald in Differenzen mit dem Republikaner Luppe. Als dann durch den bayerischen Landtag beschlossen wurde, sämtliche Polizeiorgane unterstehen der Landesregierung, wurde der Staatskommissar Gareis, unter dem Druck der Geheimverbände gegen die Absicht der Regierung Lerchenfeld Polizeidirektor in Nürnberg.

Nach dem Anschwellen der nationalsozialistischen Bewegung in Bayern trat gegen Luppe ein neuer Kämpfer auf. Dieser Gegner war Julius Streicher, der Wortführer der Nürnberger Hakenkreuzler. Geistig etwas zurückgeblieben, war sein Mundwerk um so beweglicher, und da er in Luppe, der einer protestantischen Familie entstammt, einen Juden sah, verging keine Woche, in der nicht in nationalsozialistischen Versammlungen die wütesten Angriffe Streichers gegen Luppe erfolgten.

Als am 1. Mai 1923 Hitler in München mit seinen Banditen gegen den Maiumzug der Sozialdemokraten und Gewerkschaftler mit Gewalt vorgehen wollte, ließen in der Nacht vom 30. April auf 1. Mai die Nürnberger Nationalsozialisten Waffen in ihr Versammlungslokal schaffen. Dies erfuhr die sozialdemokratische Parteileitung in Nürnberg, die ebenfalls einen Umzug propagiert hatte, und sie gaben noch in derselben Nacht dem Oberbürgermeister Luppe von dem Waffentransport Kenntnis. Luppe ließ daraufhin die Waffen beschlagnahmen und rief telephonisch den Staatssekretär Hamm von der Reichskanzlei Berlin an, um ihm Mitteilung von der damals bedrohlichen Lage in Bayern zu machen. Dieses Vorgehen Luppes brachte neuen Konfliktstoff mit dem Staatskommissar Gareis und ferner mit der bayerischen Regierung, die gegen Luppe ein Disziplinarverfahren einleiten wollten, da Luppe über den Kopf der Regierung hinweg sich direkt mit Berlin in Verbindung gesetzt hatte. Trotz aller Bemühungen der Monarchisten und Nationalisten konnte man Luppe jedoch nichts anhaben.

Der nationalsozialistische Hetzer Streicher sammelte in der Zwischenzeit eifrig Material gegen Luppe. Weil Luppe einmal von der städtischen Bekleidungsstelle einen Mantel bezogen hatte, wurde Luppe in dem völkischen Wochenblatt „Der Stürmer" in gehässigster Weise angegriffen. Sein energisches Handeln in der kritischen Nacht vom 30. April auf den 1. Mai wurde als Landesverrat bezeichnet. Weil Luppe anläßlich einer Tagung des bayerischen Städtetags von Nürnberg nach Bamberg mit dem städtischen Auto fuhr und dann, als eine Panne eintrat, ein anderes städtisches Auto als Ersatz kommen ließ, wurde ihm von Streicher Vergeudung städtischer Gelder vorgeworfen. Anläßlich des Ruhrkampfes wurde im Nürnberger Stadttheater „Wilhelm Tell" aufgeführt. Einige auswärtige Schauspieler, die an jenem Abend als Gäste an der Aufführung mitwirkten, hatten vorher kein Abendbrot gegessen. Nach Schluß des Theaters ging der Intendant mit den Gästen deswegen in ein Weinlokal. Als von den Gästen die Hockersteuer für Verweilen über die Polizeistunde hinaus gefordert wurde, ließ der Bürgermeister Luppe den Betrag nicht einkassieren. Aus dieser selbstverständlichen Anstandspflicht gegenüber Gästen, die der Nürnberger Bevölkerung einen Gefallen erwiesen haben, machte der völkische Sprüchelklopfer Streicher eine „Unterschlagung von Steuergeldern." Woche für Woche gab es neue Anpöbelungen im „Stürmer" gegen den Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg.

Endlich strengte Dr. Luppe Klage gegen Streicher an. Der Prozeß dauerte 2½ Wochen und endete mit der Verurteilung Streichers zu 1 Monat Gefängnis mit — Bewährungsfrist! Auf die eingelegte Berufung kam der Prozeß anfangs Dezember 1925 vor das Schwurgericht. Das Urteil lautete auf 2 Monate Gefängnis.

In dem Prozeß kam es aber zu verschiedenen Zwischenfällen. Streicher ließ durch Hitler betonen, daß er von seiner Partei den Auftrag hatte, Luppe so lange zu bekämpfen, „bis einer am Boden liege". Im ersten Prozeß sagte Luppe u. a. aus, er habe bei dem Bezug des Mantels gewünscht, daß sein Name nicht in die Bücher komme. Im neuen Prozeß konnte Luppe sich auf diese Aeußerung nicht mehr besinnen, er erklärte, seines Erinnerns habe er damals beim Bezug des Mantels lediglich gesagt, er wolle aus dem Kauf, der ihm von dem Pfleger der Bekleidungsstelle angetragen wurde, keine Unannehmlichkeiten haben. Diese Aussage gibt nun die Veranlassung zum eingeleiteten Meineidsverfahren.

Die Nationalisten triumphieren bereits. Streicher, der ja nur der Vorgeschobene von einflußreichen Hintermännern ist, läßt Extrablätter seines Revolverblattes „Der Stürmer" verteilen. Man rechnet in völkischen Kreisen bereits damit, Nürnberg von dem Reichsbannerführer und unerschrockenen Republikaner Luppe „befreit" zu haben.

Da bei der republikanischen Bevölkerung zur bayerischen Justiz wenig Vertrauen vorhanden ist, ist man auf den Ausgang des Prozesses Luppe gespannt. Gespannt schon deswegen, weil nicht Luppe angeblich abweichende Aussagen im Streicher-Prozeß gemacht hat, sondern auch Differenzen bestehen in den Aussagen des Polizeidirektors Gareis und des Führers der Reichsflagge Heiß, der seinerzeit vom Reichsanwalt wegen Hochverrats verhaftet werden sollte, aber infolge der „bayerischen Eigenart" ebensowenig wie Roßbach und Ehrhardt verhaftet werden konnte. Gareis hatte ausgesagt, er habe mit Luppe abgemacht, Luppe solle über die Beschlagnahme der Waffen in jener kritischen Nacht zum 1. Mai nichts in die Oeffentlichkeit bringen. Dieser Aussage steht die Aussage eines andern Zeugen, der der Unterredung Luppe-Gareis beiwohnte, direkt entgegen. Hauptmann Heiß hat im ersten Streicher-Prozeß unter Eid ausgesagt, seine Frau habe in der fraglichen 1. Mainacht betreffs der Waffen ein Telephongespräch geführt, während im zweiten Streicher-Prozeß Heiß zugeben mußte, daß er das Gespräch geführt habe.

Auf diese Widersprüche in den Aussagen Gareis und Heiß ist in der Presse der republikanischen Parteien Nürnbergs bereits hingewiesen worden. Bis jetzt hat noch kein Staatsanwalt eine Klage gegen Heiß und Gareis erhoben. Warum nur gegen Luppe?

Soll das deutsche Volk erneut das traurige Schauspiel erleben, daß Republikaner wie Ebert und Luppe in der Republik von der Justiz ganz anders behandelt werden als Monarchisten?

Der erste war es nicht. Wir erhalten eine Berichtigung des Präsidenten des ersten Strafsenats des Reichsgerichts, wonach die Wiederaufnahme in Sachen Wandt nicht von ihm abgelehnt worden ist. Der erste Strafsenat scheint die Sache also als peinlich zu empfinden.

Psychologie und Berufsberatung.

Auf der vom Berliner Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht veranstalteten Tagung „Schule und Berufsberatung" sprach Hellmuth Bogen, der Leiter der Erziehungsprüfstelle im Landesberufsamt Berlin, über „Die Psychologie im Dienste der Berufsberatung". Zur Berufseignung genügt nicht Arbeitseignung, sondern es müssen bestimmte seelische Eigenschaften hinzukommen, die eine Anpassung an die Forderungen des Berufes ermöglichen. Wenn die Anpassung nicht gelingt, können auch Kinder mit wertvollem Charakter in den Berufen, denen sie zugewiesen wurden, gänzlich versagen. Für die Ermittelung der Eignung eines Kindes hat nach Ansicht des Redners die Schule mit den Fragebogen, die sie über die Kinder führt, bisher nicht das Wünschenswerte geleistet. Ihrer Mitarbeit sind Grenzen gezogen durch Schwierigkeiten, die sich aus dem Wesen der Schule ergeben, aus der Eigenart der Arbeit des Lehrers und aus der Einstellung des Kindes zum Lehrer und zur Schule. In der Regel unterscheidet der Lehrer nicht Fähigkeiten von Fertigkeiten, er beurteilt mehr den Arbeitserfolg als die Arbeitsgestaltung, die zu ihm geführt hat. Der Redner hat z. B. in 8000 Schülercharakteristiken, die er durchsah, nicht einmal einen Hinweis auf besondere Neigungen gefunden. Die Beobachtung des Schülers durch den Lehrer leidet an dem Mangel, daß der Lehrer ihn nur als Schüler beobachtet, während für die Berufsberatung das Kind in seiner Ganzheit beobachtet und und erkannt werden müßte. Wichtig sind Beobachtungen darüber, wie ein Kind sich zur Arbeit überhaupt verhält, wie es sich zu Hemmnissen stellt und sie zu überwinden sucht. Aber gerade das „Probieren" bei der Arbeit, das kennzeichnend sein kann, wird durch die Schule verdeckt. Der Redner will trotz dieser Einschränkungen die Mitarbeit der Schule bei der Berufsberatung nicht missen. Die Schülercharakteristiken sind ihm wertvoll als eine Art Vorschau, als Mittel der Ueberprüfugn, als Stütze bei der abschließenden Entscheidung.

Der Selbstmordversuch Cassirers.

Das Befinden des Verletzten ernst.

Gestern nachmittag unternahm, wie wir heute früh bereits kurz mitteilten, der bekannte Kunsthändler Paul Cassirer einen Selbstmordversuch. In Begleitung seines Hausarztes war Cassirer in den frühen Abendstunden in das Bureau seines Rechtsanwalts in der Voßstraße gefahren, um dort mit seiner Frau, der Schauspielerin Tilla Durieux, von der er seit einiger Zeit getrennt lebte, zusammenzukommen. Cassirer, der seit längerer Zeit schwer herzleidend ist, wollte hier seine letztwilligen Verfügungen, in denen er seine Frau und seine Tochter aus erster Ehe reichlich bedacht hatte, notariell festlegen lassen. Nach Erledigung der Formalitäten zog er sich in ein Nebenzimmer zurück. Kurze Zeit darauf ertönte ein Schuß, und als die Zurückgebliebenen in das Zimmer drangen, fanden sie Cassirer zusammengesunken in einem Sessel sitzend. Er hatte sich einen Brustschuß beigebracht und sich lebensgefährlich verletzt. Cassirer wurde sofort in einem Wagen des Rettungsamtes in das Elisabeth-Krankenhaus in der Lützowstraße übergeführt. Eine operative Entfernung der Kugel konnte bis jetzt nicht vorgenommen werden. Die Motive der Tat liegen nicht klar zutage. Cassirer, eine stark impulsive, reizbare Natur, hatte in der letzten Zeit öfter zu seinen Freunden geäußert, er wolle sich das Leben nehmen. Ein schweres Herzleiden trug viel zu seiner Reizbarkeit und zur Zerrüttung seines Nervenzustandes bei. Die Tat geschah anscheinend ohne zwingenden Grund, vielleicht spielten dabei auch eheliche Differenzen eine Rolle.

Der Schwerverletzte ist bis jetzt noch nicht operiert worden. Nach den Berichten der Aerzte hat er die Nacht verhältnismäßig ruhig verbracht. Sein Zustand wird als sehr ernst bezeichnet.

*

Paul Cassirer war seit Anfang des Jahrhunderts der begabteste und erfolgreichste Kunsthändler Berlins, und man kann sagen Deutschlands, mindestens soweit moderne Kunst in Betracht kommt. Sein größtes und wahrhaft bleibendes Verdienst ist die Einführung der französischen Impressionisten, die er in seinem Salon in der Viktoriastraße unermüdlich zeigte und den Sammlern und Museen verkaufte, zu einer Zeit, da diese Kunst noch als ketzerisch und revolutionär galt und von oben her als „Rinnsteinkunst" mit der bekannten imperialistischen Schneidigkeit verdonnert wurde. Daß sie heute als klassische Malerei des neunzehnten Jahrhunderts betrachtet wird, und daß in Deutschland bei Privaten wie in Museen mehr und schönere Stücke der Impressionisten zu sehen sind als in Frankreich selbst, ist wesentlich mit auf das Konto Cassirers zu setzen. Mit der jüngeren Kunst seit 1910 ist er nicht mehr mitgegangen; die letzte Karte, auf die er nach Liebermann und Slevogt setzte, ist Kokoschka, von dem noch vor kurzem eine schöne Schau bei Cassirer zu sehen war. Jüngere, beweglichere Kunsthändler haben die Lücke ausgefüllt, die der geistreiche Mann ihr gelassen hatte.

Die letzten Ermittlungen zur Bluttat in Charlottenburg.

Die Ermittelungen zur Aufklärung der Bluttat in Charlottenburg sind jetzt abgeschlossen. Die Leiche des Schuhmachers Grau wurde gestern von den Gerichtsärzten Medizinalrat Störmer und Dr. Kipper obduziert. Es ergab sich, daß Grau nicht bloß einen tötlichen Halsschnitt, sondern mehrere Schnitte in den Halswirbel und mit einem stumpfen Gegenstande auch einige Schläge auf den Kopf erhalten hat. Aller Einzelheiten des schaurigen Vorganges kann sich der verhaftete Anstreicher Schreiber auch heute nicht entsinnen, wenn ihm auch die Aussagen weiterer Zeugen dieses und jenes ins Gedächtnis zurückgerufen haben. Nach der Tat hat sich Schreiber zunächst zu Verwandten in der Goethestraße begeben und dort noch weiter getrunken. Am nächsten Tage las er in der Zeitung einen Bericht über die Bluttat. Als er nun sein Rasiermesser, das er ständig bei sich trug, vermißte, sprach er darüber mit einem Bettnachbarn. Dieser sagte ihm auf den Kopf zu, daß er die Tat begangen habe und riet ihm, gleich selbst zur Polizei zu gehen. Schreiber lehnte das jedoch ab und wollte erst noch abwarten, was ohne seine Selbstgestellung aus der Sache werden würde. Bald darauf wurde er festgenommen.

Nachspiel zur Erstaufführung.

Bei der Erstaufführung seines musikalischen Schwanks „Der Maier-Max" im Lessingtheater wurde der Komponist Hugo Hirsch um seinen Gehpelz bestohlen, ebenso ein Bekannter von ihm. In den Taschen befanden sich außer Papieren die Wohnungsschlüssel. Diese benutzte der Dieb in der vergangenen Nacht, um bei Hirsch einen unerbetenen Besuch zu machen. Er kam allerdings in die Wohnung nicht hinein, weil die Tür von innen verriegelt war. Durch seine Versuche, aufzuschließen, weckte er die Hausangestellte. Als er deren Schritte hörte, lief der Einbrecher davon.

Eröffnung des Pädagogischen Rundfunks.

Am Donnerstag, den 7. Januar, findet mittags 12 Uhr auf Welle 1300 über den Sender Königswusterhausen die Eröffnung des Pädagogischen Rundfunks durch Ansprachen des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Professor Dr. Becker, des Staatssekretärs Dr. ing. Bredow und des Leiters des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht Geh. Oberregierungsrat Prof. Dr. Pallat statt. An demselben Tage sprechen nachmittags um 3 Uhr Universitätsprofessor Dr. Spranger über das Thema „Zeitlose Gedanken über deutsche Erziehung", nachmittags 3½ Uhr Ministerialrat Dr. Bäumer über „Frauenberufe und neue Wege der Mädchenbildung", nachmittags 4 Uhr Universitätsprofessor Dr. Romano Guardini über „Fragen der staatsbürgerlichen Bildung". — Am Freitag, den 8. Januar, werden sprechen vormittags 3 Uhr Prof. Dr. Lampe, Direktor der Pädagogischen Abteilung des Zentralinstituts über „Rundfunk und Pädagogische Literatur". Am darauffolgenden Tage kommen zu Worte nachmittags 3 Uhr Studiendirektor Dr. Gaster über „Rundfunk und Sprache", um 3½ Uhr Regierungsrat Dr. Krammer über das Thema „Der Rundfunk als Erzieher zur Synthese". Die Reihenvorträge beginnen Montag, den 11. Januar, nachmittags 3 Uhr.

„Schon wieder ein Kind."

Die furchtbare Tat einer proletarischen Mutter.

Unter der Anklage des gemeinschaftlich verübten Mordes an einem neugeborenen Kinde hatten sich heute die Eltern des Kindes und die Freundin der Eltern vor dem Schwurgericht I zu verantworten. Angeklagt sind der Arbeiter Max Scheleng, dessen Ehefrau Marie und die Arbeiterfrau Ella Steffens.

Trübe Familienverhältnisse herrschten bei dem Ehepaar Scheleng. Beide hatten aus ihren früheren Ehen schon Kinder mitgebracht und auch noch Zuwachs bekommen, so daß bereits vier Kinder vorhanden waren. Der Mann war ein Trinker und trieb sich herum. In der Trunkenheit mißhandelte er auch Frau und Kinder. Als Anfang 1923 ein neuer Zuwachs kam, wurde das Kind gleich nach der Geburt in der Badewanne ertränkt und die Leiche von der zu der Tat zu Hilfe gerufenen Frau Ella Steffens im Ofen verbrannt. Die Tat ist erst nach zwei Jahren zur Anzeige gelangt, und zwar durch den Hausdiener Steffens, den Ehemann der Angeklagten, der seine eigene Frau bezichtigte. Die Angeklagte Marie Scheleng behauptete bei ihrer Vernehmung: „Ich mußte es unter dem Zwange meines Mannes tun. Er war, wenn er betrunken war, ein Unmensch und brachte seinen Arbeitsverdienst durch. Fast jeden Tag hat er mich furchtbar geschlagen. Er trat mich mit den Füßen und rief: „Schon wieder ein Kind!" Er drohte auch, mich mit den Kindern im Stiche zu lassen. Auch wenn er nüchtern war, sagte er, daß er mich nicht geheiratet habe, um mich und die Kinder zu ernähren. Auch ich hatte Angst, wie das fünfte noch durchgebracht werden könnte. — Vors.: Hat er nie vorher verlangt, die Folgen auf andere Weise zu beseitigen? — Angekl.: Daran haben wir nie gedacht. (Weinend.) Als das Kind da war, sagte er, ich solle sehen, daß ich es wegbringe. — Nach der Schilderung der Angeklagten habe sie zur Hilfeleistung ihre Freundin Steffens holen lassen. Das Kind wurde umgebracht, es wurde von meinem Mann in der Badewanne ertränkt. Als das Kind tot war, habe sie Frau Steffens gebeten, zu helfen, und diese habe das Kind verbrannt. Der Mann sei zur Arbeit gegangen. Abends war er betrunken und habe sie aus dem Bett geworfen und auf die Straße getrieben.

Vorsicht bei dem Verbrennen der Weihnachtsbäume.

Viele Hausfrauen pflegen den seines Schmuckes beraubten Weihnachtsbaum zerkleinert im Zimmerofen auf einmal zu verbrennen. Dem so erzeugtem gewaltigen Druck der sich mit einem Male entwickelnden Gase, hält zumeist ein sonst solid gebauter Zimmerofen nicht stand. Infolge von Ofenexplosionen mußte heut an verschiedenen Orten Groß-Berlins die Feuerwehr alarmiert werden. Zum Glück sind durch die Explosion der Oefen keine Unglücksfälle zu beklagen. Dagegen erwächst den betreffenden Mietern ein bedeutender pekuniärer Schaden, da sie verpflichtet sind, den durch unsachgemäße Behandlung des Ofens entstandenen Schaden auf ihre Kosten beheben zu lassen.

Mit Hab und Gut auf der Straße. In der von uns heute morgen veröffentlichten Notiz über die Exmission von vier Gutsarbeiterfamilien ist insofern ein Irrtum enthalten, als es sich nicht um das Gut Blankenburg, sondern um das Gut Blankenfelde handelt.

Antisemitismus und deutsche Presse. Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, Bezirke Norden und Zoo, veranstaltet am Donnerstag den 14. Januar, abends 8 Uhr, in der Stadthalle, Klosterstraße, einen Vortragsabend, zu dem Thema „Antisemitismus und deutsche Presse". Es sprechen: Chefredakteur Stampfer, M. d. R., Chefredakteur Ruschke, M. d. L., Chefredakteur H. v. Gerlach, Chefredakteur Goetz und Herr Ministerialdirektor z. D. Dr. Spicker. Angesichts der hemmungslosen antisemitischen Hetze, die die Rechtspresse seit Jahren ungehindert betreibt, ist dieser Kundgebung erhöhte Bedeutung beizumessen.

Der Film „Namenlose Helden", den Toten des Weltkrieges gewidmet, läuft ab 22. Januar in den Filmtern-Lichtspielen, Köpenick, Friedrichshagener Str. 1a.

Erdbeben in Westdeutschland.

Neue Heimsuchung des Rheinlandes.

In der Nacht zum Mittwoch, kurz vor 1 Uhr, wurde, wie aus Köln gemeldet wird, in verschiedenen Stadtteilen Kölns ein ziemlich heftiger Erdstoß verspürt. In einzelnen Straßen sah man Menschen, meist nur flüchtig bekleidet, ins Freie eilen. Weitere Einzelheiten fehlen noch. Wie die „Kölnische Zeitung" meldet, wurde auch in Frankfurt a. M., Homburg und anderen Städten Westdeutschlands eine Erderschütterung wahrgenommen, die mehrere Sekunden dauerte. Eine Meldung aus Dortmund besagt, daß in der letzten Nacht um 12 Uhr in vielen Orten des Rheinlandes und Westfalens, in Koblenz, Euskirchen, Köln, Aachen, Neuß, Düsseldorf, Elberfeld, Ohligs, Mettmann und in Orten in der Nähe von Dortmund Erderschütterungen verspürt worden sind. Einzelheiten konnten noch nicht festgestellt werden. Die Fernsprechämter Dortmunds und der benachbarten Städte werden von Leuten mit Anfragen bestürmt, die Erdstöße wahrgenommen haben. Auf dem Fernsprechamt in Castrop fielen die Bücher aus den Bücherschränken

---

Opfer des Hochwassers.

Das Hochwasser hat in Emmerich drei Menschenleben gefordert. Auf der vom Hochwasser überfluteten Straße Elten—Emmerich wird der Verkehr nur notdürftig durch Boote aufrechterhalten. Ein mit vier Personen besetzter kleiner Kahn kenterte und die Insassen wurden von den ziemlich reißenden Fluten mitgerissen. Während eine Person sich retten konnte, ertranken die übrigen drei

---

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

34. Abt. Sonnabend, den 2. Januar, verstarb unser Genosse, Saalbesitzer Richard Hauch. — Beerdigung am Donnerstag, den 7. Januar, nachmittags 3½ Uhr von der Halle des Zentralfriedhofes Friedrichsfelde aus. — Die Genossen treffen sich nachmittags 2 Uhr bei Rosin, Gubener Str. 19. — Banner mitbringen!

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Gründung eines Arbeitersportkartells Berlin-Mitte. Am Donnerstag, den 14. Januar, findet in den Räumen der Liga für Menschenrechte die konstituierende Versammlung des Arbeitersportkartells 1. Bezirk Berlin-Mitte statt. Alle Arbeiter- und Kulturorganisationen resp. deren Abteilungen werden ersucht, dazu zwei Vertreter zu entsenden, sofern ihre Organisation im 1. Bezirk ansässig ist.

Landsmannschaft der Schleswig-Holsteiner zu Berlin. Donnerstag, 7. Januar, 8 Uhr, im Restaurant von Effert, Kopernicker Straße 70a, plattdeutscher Vortrag des Landsmanns Thomas Petersen: Reiseerinnerungen von Schweden und Norwegen.

Geschäftliche Mitteilungen.

M. Schulmeister, das bekannte Herren-Konfektionshaus am Kottbusser Tor, bringt wieder an 10 billigen Tagen, vom 2—15 Januar, Herren-, Knaben- und Jünglings-Kleidung zu wirklich billigen Preisen zum Verkauf. Man beachte das heutige Inserat.

Gewerkschaftsbewegung

Eine Arbeitgeberverbands-Bilanz.

Für eine neue Zentralarbeitsgemeinschaft.

„Der Arbeitgeber" vom 1. Januar brachte an erster Stelle einen Aufsatz seines Herausgebers Dr. Tänzler, den er „Krisenzeiten" überschrieb. Vor dem Kriege seien Krisentheorien möglich gewesen, weil die wirtschaftlichen Grundlagen in der Hauptsache konstant und bekannt waren.

„Seit 1914 haben wir eine Wirtschaft, die sicher überhaupt nicht mehr nach wissenschaftlichen, ja vielfach sogar nicht einmal mehr nach wirtschaftlichen Grundsätzen messen und schätzen läßt."

Auf die Ursachen der mit dem Kriege begonnenen Veränderung geht der Verfasser wohlweislich nicht ein, sondern klagt, daß die Nachkriegswirtschaft durch die „Demobilmachung" gehemmt und in falsche Richtung gezerrt worden sei durch das Hineintragen politischer Weltanschauungen und romantischer Revolutionsideen, „die in die Inflationszeit unseligen Angedenkens einmünden mußten".

Von den nicht minder romantischen Revancheideen und der vom Unternehmertum besonders begünstigten Cuno-Wirtschaft, die mit der Inflation in ursächlicherem Zusammenhange steht als etwa die Revolutionsideen, schweigt der Verfasser. Offenbar nicht nur deshalb, um nicht an die Entschädigungsaktion für die Ruhrindustriellen zu erinnern. Das nach der Stabilisierung gesetzte Ziel der Wiederherbeiführung der Friedensverhältnisse vor 1914 sei unerreichbar und falsch gewesen. Das neue Ziel liege nicht rückwärts, sondern vorwärts. Doch welches Ziel dies neue nun eigentlich ist, wie auch über seine Richtung, darüber sei man sich ebensowenig einig, wie über die Grundlagen und die tatsächlichen Verhältnisse. Dr. Tänzler bemüht sich nicht erst um eine Klarstellung dieses Ziels und der Richtung, wahrscheinlich deshalb, weil er diese Frage durch die Denkschriften der Arbeitgeberverbände samt der Aktennotiz von Dr. Meißinger hinlänglich geklärt erachtet.

„Wir stehen genau auf der Grenze des Untragbaren mit Löhnen und Lasten, beweisen die Arbeitgeberverbände, die Lasten dienen der Gesundung des Ganzen, und die Lohnerhöhungen führen zur Hebung der Produktion, sagen die Gewerkschaften. Niemand aber, der zwischen diesen Divergenzen die Brücke schlägt, niemand, der authentisch feststellt, was ist. Ich erblicke diese schwere Schuld des Reichsarbeitsministeriums darin, daß es diese positive Aufgabe nicht erkannt, noch viel weniger versucht oder durchgeführt hat. Anstatt sich diesen Feststellungen zu widmen, hat es sich erschöpft in dem unheilvollen und kleinlichen Bemühen, zwischen Forderung und Angebot die Mittellinie zu finden."

Das heißt, das Reichsarbeitsministerium hätte sich mit seiner Autorität dafür einsetzen müssen, die einseitigen Darstellungen der Arbeitgeberverbände als authentisch zu erklären.

„Keine Einheit des Volkes, keine Geschlossenheit, das war die Signatur, unter der 1925 stand, und so versank die Wirtschaft von Monat zu Monat, von Tag zu Tag. . . . Zweierlei freilich war erreicht, nämlich die zwei Voraussetzungen, auf denen Dawes-Plan und Londoner Pakt aufgebaut sind: die Sanierung der Staatswirtschaft und die Stabilisierung unserer Währung, beides aber auf Kosten der Privatwirtschaft, die am Ende ihrer Kraft ist."

Auch hier wären etliche Zwischenbemerkungen notwendig, über die Verwendung der Anleihe aus dem Dawes-Pakt, die Lohnsteuer, das Steuerkapitel überhaupt, doch wir wollen zur Quintessenz von Tänzler kommen:

„Nun gilt es, das Pendel, das sich überschlagen hat, zurückzuführen in das stabile Gleichgewicht. Das ist der innere Wesenskern der Forderungen, die der Reichsverband der Deutschen Industrie mit seiner soeben veröffentlichten Denkschrift verfolgt.

Und wir, die Arbeitgeberverbände? Wir kämpfen in der Front, täglich und stündlich im Schützengraben des täglichen Kampfes, zur Verteidigung des den Arbeitgebern übertragenen Mandats, der Verwaltung der privatwirtschaftlichen Interessen im Sinne volkswirtschaftlicher Ziele."

Klarer als die Sache mit dem Mandat ist das Bild vom täglichen Kampf im Schützengraben, wo es nicht gerade reinlich zugeht, zumal wenn man sich an den Gegner „heranfühlen" will. Von den Giftgasen aus dem Arbeitgeberverbandsschützengraben hat ja die breite Oeffentlichkeit erst jüngst noch den Gestank verspürt, und etliche Granatsplitter haben sich bis zum christlichen Landarbeiterverband verirrt.

Allein Dr. Tänzler zeigt sich als Aesthet und bedauert daher, daß es im letzten Jahre soviel der Kämpfe zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gab, und zwar der geistigen Kämpfe. Mehr noch als der Widerstreit der Meinungen über die grundlegenden Dinge unseres Wirtschaftslebens selbst, sei die Form zu beklagen, in der diese Kämpfe auszutragen beliebt werden.

Auf das tiefste beklagt Dr. Tänzler, „mit welchen üblen Mitteln der Gegner uns vielfach bekämpft hat". Er schweigt betrübt über die Mittel, mit denen die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände den Gegner bekämpft hat, obschon er sie besser kennt als wir, wobei dahingestellt sein mag, ob er sie persönlich in jedem Falle gebilligt hat. Er meint, beim Bestehen der Zentralarbeitsgemeinschaft wäre solche üble Form des Kampfes ausgeschlossen gewesen. Und allein schon „zur Entgiftung unseres öffentlichen Lebens" ist eine neue Form der Zusammenarbeit nötig, nicht die Erneuerung der alten Arbeitsgemeinschaft . . ., sondern eine neue, aufgebaut auf dem Geiste gegenseitiger Anerkennung und dem Versuche beiderseitigen Verstehens. Sei auch die Zeit dafür noch nicht reif, gingen auch die Grundbegriffe zu weit auseinander, so sei doch gerade deshalb jeder Versuch der Annäherung eine Pflicht.

„Der innere Wesenskern der Forderungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie" samt allen sonstigen Belangen der Arbeitgeberverbandspolitik scheint für diese Sirenenklänge keinen rechten Resonanzboden abzugeben.

Müssen Lehrlinge aussetzen!

Ein Schneidermeister in Neukölln, der zwar zwei Lehrlinge aber keinen Gesellen beschäftigt, ließ seine Lehrlinge ab 14. Dezember auf unbestimmte Zeit aussetzen, ohne inzwischen das vereinbarte Kostgeld zu zahlen. Der Vater des einen Lehrlings sah sich die Geschichte eine Weile mit an, verlangte dann aber von dem Lehrmeister die Erfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen, d. h. die Weiterbeschäftigung des Lehrlings und die Nachzahlung des Kostgeldes. Der Lehrmeister sagte dies zu, behielt sich jedoch nähere Mitteilung vor, die er dann telephonisch dahin formulierte, daß er den Betrag des Kostgeldes, den er über die Richtsätze der Zwangsinnung (fünf Mark im dritten Lehrjahr!) hinaus gezahlt hat, aufrechnen werde. Der Vater des Lehrlings wandte sich gegen diese Pfiffigkeit und erklärte dem Schneidermeister, daß er sich damit nicht mehr an den Vertrag gebunden halte. Daraufhin bekam er am nächsten Morgen ein Einschreiben des Lehrmeisters mit der Aufforderung, seinen Sohn am folgenden Tage pünktlich ins Geschäft zu schicken, andernfalls er den Lehrling durch die Polizei vorführen lasse. Diese unverschämte Drohung stützte der Lehrherr auf eine Auskunft des Zwangsinnungs-Obermeisters Kretschmer.

Der Herr Obermeister hat wahrscheinlich den § 127 der Reichsgewerbeordnung einmal gelesen, aber nicht verstanden. Wenn der Lehrling ohne Zustimmung des Lehrmeisters die Lehre verläßt, kann er durch die Polizei vorgeführt werden. Dabei haben die Polizeiorgane sich jedoch vorher darüber zu vergewissern, ob eine Vorführung angebracht ist. Behält der Vater seinen Sohn zurück, dann übernimmt er damit die eventuellen Folgen. Es wird dann nicht Sache der Polizei sein, sich einzumischen, sondern zunächst solche des Innungsschiedsgerichts. In diesem Falle aber hat nicht der Lehrling die Lehre verlassen, sondern der Lehrmeister hat den Lehrling entlassen und ihn bei der Drohung mit der Polizei überhaupt nicht aufgefordert, die Lehre wieder aufzunehmen, bis schließlich der Vater sich eben darüber beschwerte.

Der Herr Obermeister ließ es bei seiner falschen Auskunft jedoch nicht bewenden, begab sich vielmehr in die elterliche Wohnung des Lehrlings, um folgenden Vorhalt zu machen:

„Mit was soll der Meister den Lehrling beschäftigen, wenn er nichts zu tun hat? Früher haben die Lehrlinge sechs Wochen und länger ausgesetzt und sind auch nicht bezahlt worden."

Damit wird die ganze zünftlerische Lehrlingswirtschaft grell beleuchtet, insbesondere auch nach der pädagogischen Seite. In der gegenwärtigen Krise kann es wohl vorkommen, daß ein Kleinmeister zeitweilig wenig oder keine Arbeit hat. Er kann dann aber nicht seine Rolle als Lehrmeister mit der Rolle des Arbeitgebers vertauschen. Der Lehrling kann gerade in der stillen Geschäftszeit in solchen Hantierungen unterwiesen werden, wozu bei flottem Geschäftsgang die Zeit fehlt. Er darf aber nicht wochenlang nach Hause geschickt werden, weil der Lehrherr das ausbedungene Kostgeld sparen will. Auch über die spätere Nachzahlung des Kostgeldes läßt sich reden, wenn dessen sofortige Auszahlung nicht möglich ist. Es ist jedoch ungehörig und unzulässig, ohne ein Wort der Erklärung hierüber, den Lehrling einfach zu entlassen, um ihn „aussetzen" zu lassen. Selbständige Scheinexistenzen, die für sich selber nicht regelmäßig Arbeit haben, sollten lieber mit der Annahme von Lehrlingen aussetzen, anstatt die Lehrlinge aussetzen zu lassen.

Mit dem Lehrvertrag übernimmt der Lehrmeister Pflichten, die er zu erfüllen hat. Wenn nicht im Lehrvertrag ausdrücklich ein zeitweiliges Aussetzen vereinbart ist, worauf sich die Eltern nicht einlassen sollten, gar noch unter Ausfall des dürftigen Kostgeldes, gibt es kein Aussetzen des Lehrlings.

Nebenbei bemerkt: Wann endlich kommt nach all den Entwürfen der Entwurf eines neuen Lehrlingsgesetzes an die gesetzgebenden Körperschaften? Die Verschleppungsmethode, die auf diesem Gebiete seit mehr als sechs Jahren betrieben wird, ist unverantwortlich.

Lohndruck in der Glasindustrie.

Vor vier Wochen erst wurde der Kampf in der Weißhohlglasindustrie nach zwölfwöchiger Dauer durch die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches des Reichsarbeitsministeriums beendet. Wenige Tage später meldete sich schon eine neue Gruppe, die Fensterglasindustrie. Der Reichstarif der Fensterglasarbeiter, der etwa 4000 bis 5000 Facharbeiter umfaßt, ist laut Schiedsspruch am 31. Dezember abgelaufen. Gewissermaßen als Weihnachtspräsent wurde den Arbeitern ein Lohnabbau von 9,2 Proz. zugemutet, denn nur dann können Betriebsstillegungen gehemmt werden. Dabei bildet der Lohnanteil noch nicht ein Fünftel der Gesamtproduktionskosten. Man müßte deshalb annehmen, daß die Unternehmer den Sparsamkeitshebel zunächst an anderen Stellen ansetzten als an dem Lohnkonto, zumal die Löhne im Verhältnis zur Vorkriegszeit der Erhöhung bedürften, anstatt eine weitere Kürzung zu ertragen.

In der Fensterglasindustrie haben wir es nur mit Klein- oder Mittelbetrieben zu tun. Trotzdem kommt es sehr oft vor, daß in Betrieben mit einer Belegschaft von 150 bis 200 Arbeitern drei bis vier Direktoren anzutreffen sind. Oder es sind an einem Betriebe vier bis fünf Familien beteiligt, die alle nicht schlecht leben wollen.

So sollen aus den Betrieben Ueberschüsse herausgewirtschaftet werden, die nicht herauszuholen sind. Die Unternehmer versuchen daher, an dem schwächsten Punkt, den Arbeiterlöhnen, einzusetzen, anstatt an den richtigen Stellen.

Die Arbeiter haben keineswegs die Absicht, sich einen Lohnabbau gefallen zu lassen, sind vielmehr entschlossen, sich mit allen Kräften dagegen zu wehren. Sollten die Verhandlungen mit den Unternehmern nicht zu einer Einigung führen, ist ein neuer Kampf in der Glasindustrie, heraufbeschworen durch den versuchten Lohnabbau der Unternehmer, unvermeidlich.

Der beigelegte Lohnkonflikt im Saargebiet.

Paris, 6. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die am 9. Dezember im Ministerium für öffentliche Arbeiten in Paris begonnenen Lohnverhandlungen zwischen Vertretern der französischen Saargruben und der Bergarbeitergewerkschaften des Saargebietes haben am Dienstag in Saarbrücken zu einer Einigung geführt. Den Bergarbeitern wurde eine Erhöhung des Tagelohns um 1,50 Franks mit rückwirkender Kraft ab 15. Dezember bewilligt.

Riebe-Werk, Weißensee. Die beurlaubten Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten morgen, Donnerstag, mittag 2 Uhr die Restzahlung der 50. Lohnwoche. Diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die bis zum 24. Dezember gearbeitet haben, nehmen die Arbeit morgen früh wieder auf

Der Betriebsrat.

Wirtschaft

Keine Aufwertung der „Rotgestempelten".

Ein Kammergerichtsurteil.

Die rotgestempelten Reichsbanknoten, das sind die Vorkriegsnoten der Reichsbank, spielen in der Aufwertungsdiskussion eine besondere Rolle. Weil diese Noten mindestens in der Vorkriegszeit dem Gold gleich galten, schreiben ihnen viel Leute eine Sonderstellung zu und erwarten auch eine Sonderbehandlung. Seitdem sich auch noch die politische Geschäftemacherei durch Gründung von Verbänden und Herausgabe von Agitationsschriften der Sache bemächtigt hat, haben an dem Handel mit diesen Noten sehr viele Leichtgläubige und Hoffnungsfreudige große Verluste gehabt. Es ist deshalb zu begrüßen, daß jetzt ein Kammergerichtsurteil bekanntgegeben wird, das dem schönen, aber gefährlichen Märchen von der Sonderbehandlung der Rotgestempelten ein Ende macht.

Dieses Urteil hat die Berufungsklage eines Oberfeuerwehrmannes, der für 32 rotgestempelte Tausendmarkscheine eine 50prozentige Aufwertung verlangte, abgewiesen. Im November 1923 habe sich, so führt das Urteil aus, das Schicksal der deutschen Reichsbanknote erfüllt. Sie war zwar das gesetzliche Zahlungsmittel, aber in der ganzen Welt war sie aller Eigenschaften als Zahlungsmittel entkleidet. Zur Schaffung einer neuen festen Währung hätte der gesamte bisherige Notenumlauf einschließlich der Vorkriegsnoten, verschwinden müssen. Das sei durch Gesetz geschehen auf der Basis 1 Billion Notenmark = 1 Reichsmark. Zwar sehr hart, aber nicht gegen Treu und Glauben und die guten Sitten sei daraus die Bestimmung des § 3 Abs. 3 des am 11. Oktober 1924 in Kraft getretenen Bankgesetzes erwachsen, das alle bisherigen Markschulden sozusagen „streicht". Insbesondere sei eine Besserhaltung der Vorkriegsnoten, die durch den völligen finanziellen Zusammenbruch ihre Eigenschaft als sogenannte „Goldnoten" längst eingebüßt und den Kurssturz der Mark, über die sie lauten, mitgemacht haben, im neuen Bankgesetz nirgends zum Ausdruck gekommen. Sie sei auch, abgesehen von den gesetzlichen Gründen, gar nicht zu rechtfertigen, weil die Inhaber von Vorkriegsnoten bei deren Sonderbehandlung an der allgemeinen Verarmung des Volkes nicht teilnehmen und die Lasten des verlorenen Krieges einfach auf die Reichsbank abschieben würden. Wenn das große Heer der Besitzer von Vorkriegsnoten ihre entwerteten Papiere bei der Reichsbank künftig zum Nennwert in Gold umtauschen wollte, würde außerdem die Bonität der Reichsbank, die dem Deutschen Reich ebenso wichtig sei wie den Alliierten, erschüttert werden. Eine Bevorrechtung der Vorkriegsnotenbesitzer sei daher ausgeschlossen. Das neue Bankgesetz sei keineswegs nur „währungstechnischer Natur". Im Gegenteil sei es Absicht des Gesetzes, auch den Kurs der Vorkriegsnoten auf 1 Billion = 1 Reichsmark herabzudrücken und eine anderweitige Aufwertung auszuschließen.

Man muß diese Klarstellung der Sachlage, die sicher zur Reinigung der Atmosphäre und zur Aufklärung der Beteiligten viel beitragen wird, begrüßen. Hoffentlich macht sie den Spekulationsgeschäften schlechtgläubiger und den Verlusten gutgläubiger Interessenten endlich ein Ende.

Porzellanfabrik Fraureuth. Die gestrige Generalversammlung der Porzellanfabrik Fraureuth A.-G. genehmigte die mit einem Verlust von 15 558 Mark abschließende Bilanz für 1924. Der Fehlbetrag soll aus den Reserven gedeckt werden. Die angestrebte Sanierung der Gesellschaft hat sich nach Mitteilung der Verwaltung bisher nicht erreichen lassen, trotzdem sie als dringlich erachtet werden muß. Wenn nicht bald der Gesellschaft neue Betriebsmittel zufließen, scheint der Fortbestand des Unternehmens gefährdet zu sein. Zurzeit ist nur die alte Fabrik in Betrieb, während der neue Tunnelofen stilliegt.

Preissenkung durch das laufende Band. Von der Horch-Werke A.-G. in Zwickau wird berichtet, daß infolge der Umstellung des Betriebes auf die Produktion am laufenden Bande und durch weitgehende Verwendung hochwertiger Arbeitsmaschinen eine beträchtliche Senkung der Selbstkosten im Automobilbau erzielt wurde. Die Verwaltung habe infolgedessen eine erhebliche Ermäßigung der Preise vornehmen können; gegen den Sommer v. J. ergebe sich eine Preissenkung um etwa 35 Proz. Angesichts der zunehmend schlechten Absatzlage der Autoindustrie und der Klagen über die Auslandskonkurrenz hat die Erfahrung der Horch-Werke besondere Bedeutung. Sie zeigt, daß die Senkung der Selbstkosten durch betriebliche Umstellung, wenn sie nur auf ausreichender finanzieller Grundlage und mit genügend hoher technischer Wirksamkeit erfolgt, jedem künstlichen Preisschutz auch in Krisenzeiten überlegen ist.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Sikora; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

A. Beheim-Schwarzbachs Kaufmännische Privatschule
(Inh. F. Eggert)
Neukölln, Anmeldung, Ganghoferstr. 1 und Berliner Str. 82 (Privatwohnung)
Beginn neuer ½-Jahres- und ¼-Jahres-Lehrgänge. — Fernspr.: Neukölln 1063.

Putzwolle, Putzlappen, Schleiftuche haben abzugeben Gebr. Holzinger, Tel.: Neukölln 4545/47

Krause-Pianos zur Miete
Ansbacher Str. 1, [illegible]

Mieten Sie von uns

Waschtische
in 6 Monaten Ihr Eigentum
P. Raddatz & Co
Berlin W 66, Leipzigerstr. 122-123.

Adolf Hoffmann
Episoden und Zwischenrufe
aus der Parlaments- und Ministerzeit.
Preis 1 Mark. Porto 5 Pfennig.
Vorrätig in allen Vorwärts-Ausgabestellen.

Spezialbehandl. für Ischias u. Rheum., Gicht und Lähm., wenn [illegible] in 8 Tagen [illegible] schwere Fälle [illegible] Ärztl. empfohlen.

Bettfedern Adolf Pohl
Dresdener Straße 15
(Fabrikgebäude.)

HUNDE
Katzen, Papageien und alle Haustiere werden behandelt.
Tierärztliche Poliklinik
Chausseestraße 93
neben Kriegervereinshaus
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

Stein der Weisen
Die ideale Nagelpflege
überall erhältlich
KOPP & JOSEPH
BERLIN W.

10 billige Tage!!
Vom 2. bis 13. Januar
Herren-Kleidung
Anzüge 29.-, 32.-, 36.-, 45.-, 54.-, 59.-, 65.-
Ulster 29.- 36.- 45.- 49.-, 54.-, 65.-, 69.-, 75.-
Paletots 60.-, 69.-, 75.-, 85.-
Gehrock-Paletots von 69.- Mk. an
Sport-Pelze von 145.- Mk. an
Wint.-Lod.-Joppen 19.-, 21.-, 29.-, 35.-
Tanz-Anzüge von 69.- Mk. an
Beinkleider 4.50, 5.50, 7.-, 8.-, 9.- 12.-, 14.-, 16.-, 19.-, 21.-
Breches 7.50, 9.- 11.50, 14.-, 16.-, 19, 18.-
Gummi-Mäntel 12, 16, 17.50, 22.50, 28.-
Das sind einige Beispiele!!!
M. Schulmeister
Kottbusser Tor